

Hunderttausende Jobs in Gefahr!

Es ist gut, wenn hunderttausende auf die Straßen gehen für unsere Rechte, für unsere Einkommen und für den Frieden, gegen die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung! Auf die Kolleginnen und Kollegen kommt es jetzt an!

Aktuell sind hunderttausende Jobs, vor allem in der Autoindustrie, im Maschinenbau, in der Stahlproduktion und auch in der chemischen Industrie in Gefahr! Das ist eine Folge der scharfen internationalen Konkurrenz und der damit einhergehenden Handelskonflikte und Kriege. Rohstoffe und Energie sind teuer geworden; Absatzmärkte sind durch Krieg und Sanktionen weggebrochen.

Nun kommt die Rechnung! Und die müssen – wie immer – die Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten zahlen. Sie verlieren ihre Arbeit, ihre Kinder ihre Ausbildungsplätze und Zukunftsperspektiven.

Die Arbeitgeber - genauer: die Kapitalisten - fordern „Reformen“ auf Kosten der Arbeitenden. Sie führen einen immer schärferen Generalangriff auf Arbeitsplätze, Löhne, Arbeitszeiten, soziale Sicherungen und Rechte. Das Kapital fordert riesige staatliche Subventionen für die Konzernkassen. Bei den gegenwärtigen Koalitionsverhandlungen wird über ein oder zwei „Sonderfonds“ von in Summe bis zu 1.000 Milliarden Euro (für die Rüstung ist der Betrag nach oben offen) gesprochen, die dann jährlich aus dem normalen Haushalt abbezahlt werden. Oben drauf soll es ein 800-Milliarden-schweres, gesamteuropäisches Finanzpaket zur „Wiederaufrüstung Europas“ geben. Es ist dabei völlig klar, wer das zahlt und woher das Geld dafür kommen soll: Die vielen Milliarden werden direkt aus den Budgets der Bildung,



Protest bei Bosch in Gerlingen bei Stuttgart

Gesundheit, Pflege und aus den sozialen Absicherungen gekürzt.

Dazu erleben wir eine Rechtsentwicklung, die uns von diesen Entwicklungen ablenken soll. Auch in den Betrieben! Wir werden gegeneinander ausgespielt und aufgehetzt. Solidarischer, gemeinsamer Kampf soll damit untergraben und verhindert werden.

Gemeinsam mit den Unternehmern?

Täglich wird gesagt, dass wir alle zusammen durch die Krise müssen. Alle müssen angeblich den Gürtel enger schnallen. Doch das Kapital gibt nichts, es will hunderte Milliarden Euro staatlicher Subventionen – ohne jede Garantie. Und was sind „Arbeitsplatzgarantien“ wert, wenn eine neue Fertigungsanlage mit 1.000 garantierten Arbeitsplätzen auf Staatskosten errichtet wird, dafür aber eine alte mit 5.000 Arbeitsplätzen abgewrackt wird? Was sind

„Arbeitsplatzgarantien“ wert, wenn gleichzeitig zehntausende mit Abfindungsprogrammen „freiwillig“ aus dem Job gedrängt werden?

Dutzende Beispiele aus den letzten Jahren zeigen eindrucksvoll - ob bei VW, Audi, ZF und so weiter: „Arbeitsplatzgarantien“ gibt es nicht. Die Unternehmen und Konzerne zerreißen und unterlaufen die entsprechenden Verträge, wie es ihnen gerade passt, ohne irgendwelche Konsequenzen dafür tragen zu müssen.

Das Kapital will im Kampf mit der Konkurrenz mehr, schneller und vor allem billiger produzieren. Da kann es nicht „mehr“ Arbeitsplätze geben, sondern nur weniger.

Die IG Metall-Führung fordert heute unter dem Label „Erhalt unseres Industrielands!“ lauter Dinge, die vor allem den Kapitalisten und dem Kapital helfen: Investitionsanreize und Anschubfinanzierungen.

Natürlich bringt die IGM-Führung um Christine Benner auch einige Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter ins Spiel. So fordert der IGM-Vorstand, dass staatliche Förderung an Arbeitsplatzgarantien gebunden werden, dass gedeckelte Energiepreise nicht nur fürs Kapital, sondern auch für uns arbeitende Menschen gelten sollten. Förderung nur gegen Tarifbindung, Standort- und Beschäftigungssicherung, Weiterbildung und Ausbildungsplätze.

Das klingt zwar gut, schürt aber

www.arbeit-zukunft.de

Kontakt und V.i.S.d.P.: D. Möller, c/o Verlag AZ, Pf. 401051, 70410 Stuttgart
info@arbeit-zukunft.de

ARBEIT ZUKUNFT
ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Illusionen! Kapitalistische Investitionen zielen genau darauf ab, Arbeitsplätze einzusparen, um Maximalprofite zu erzielen. Solche „Hilfen“ fließen in neueste Maschinen, Ausrüstungen, Soft- und Hardware, in „künstliche Intelligenz“, was hunderte und tausende Jobs überflüssig macht. Kapitalisten finden immer Wege die so genannten „Hilfen“ in die Profitmaximierung und nicht in unsere Arbeitsplatzsicherheit zu stecken. Das wissen wir aus jahrzehntelanger Erfahrung.

Das Geld darf nicht bei Bildung, Gesundheit, Pflege, Sozialem geholt werden, sondern da, wo wirklich Geld zu holen ist. Deshalb kämpfen wir gemeinsam für Steuern für die Reichen und für die Investitionen aus den Gewinnen der Unternehmen!

Mehr Jobs in der Rüstung?

Es werden Hoffnungen geweckt, dass in der Rüstungsindustrie viele Arbeitskräfte gebraucht werden. Wir kritisieren vor allem den Rüstungspakt, den der IGM-Vorstand

(2. Vorsitzender Jürgen Kerner!) mit dem Rüstungslobbyverband (BDVS) und dem SPD-Wirtschaftsforum unterschrieb - für noch mehr Aufrüstung und Rüstungsaufträge unter dem Deckmantel von Arbeitsplatzsicherung. Doch die Rüstungsindustrie blüht aufgrund der wachsenden Kriegsgefahr auf! Weil immer mehr Granaten, Patronen, Kanonen, Panzer, Kampffjets, Kriegsschiffe und Drohnen für den Krieg in der Ukraine, in Gaza und schlimmstenfalls für die Ausweitung der Kriege benötigt werden. Immer offener wird über „Soldaten in die Kriegsgebiete!“ und Wehrpflicht diskutiert. Doch es sind immer die Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten, die an die Front und in den Krieg ziehen müssen. **Aber Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter – das galt immer in der Arbeiterbewegung.**

Mit Trump zeigt sich noch offener und brutaler, worum es im Krieg allen Beteiligten geht - ob USA, Russland oder EU und Deutschland. Es

geht um strategisch wichtige Rohstoffe, billige Energie und Einfluss. Im Rahmen dieser Kriegstreiberei zieht auch in unsere Betriebe der Militarismus ein! Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Kampf bei Rheinmetall, Hensold, Thyssenkrupp oder Meyer-Neptun? „Das klingt ja schon nach Sabotage!“, sagen dann die Generäle und Politiker.

In den Managementetagen der Rüstungskonzerne dagegen knallen die Sektkorken, denn die Profite und Aktienkurse rauschen durch die Decke!

Es gilt: Entschlossener Kampf für die Interessen der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten!

Unsere Gewerkschaften müssen entschieden für unsere Interessen, die der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten, kämpfen, statt mit dem Kapital für Milliarden-Subventionen und Aufrüstung einzutreten. Dafür müssen sich alle Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften einsetzen.

Unsere Forderungen:

- **Konsequenter Kampf gegen jeden Stellenabbau! Keine Massenentlassungen!**
- **Kein Lohnverzicht, keine Entgrenzung der Arbeitszeit, keine Flexibilisierung!**
- **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche, bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Wirksame Lohn und Gehaltserhöhungen! Kein Reallohnverlust!**
- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer!**
- **Volle Versammlungsfreiheit und ein allseitiges, uneingeschränktes Streikrecht!**
- **Statt Milliarden für Aufrüstung mehr Geld für Bildung, Gesundheit, Pflege, Rente und Soziales!**